

Dr. Stephan Bundschuh

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

Abstrakte Solidarität – Konkrete Konkurrenz

Das Verhältnis der klassischen deutschen Jugendverbände zu Jugendorganisationen von MigrantInnen

(veröffentlicht in: Tarek Badawia/Franz Hamburger/Merle Hummrich (Hg.): Wider die Ethnisierung einer Generation. Beiträge zur qualitativen Migrationsforschung, Frankfurt am Main/London 2003, S. 326-336.)

Mittlerweile hat sich allgemein die Auffassung durchgesetzt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist. Von dieser Einsicht bis zur tatsächlichen Akzeptanz und gleichberechtigten Integration der MigrantInnen ist es aber ein langer und beschwerlicher Weg in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Diskussionen in der bundesdeutschen Jugendverbandslandschaft sind ein exemplarisches Beispiel dafür.

Der vorliegende Aufsatz liefert keinen Beitrag zur Methodologie oder zu den Ergebnissen qualitativer Migrationsforschung, sondern bietet Rohmaterial zur künftigen Erforschung eines von der Wissenschaft bisher fast völlig unausgeloteten Themas an. Ich schildere vorwiegend Eindrücke und Erfahrungen und führe keine theoretische Analyse durch. Meine Ausführungen stellen einen Forschungsgegenstand vor, zu dem die entsprechenden Forschungswege noch gefunden werden müssen.

Ich will kurz einige Worte über die Einrichtung verlieren, bei der ich arbeite, um zu begründen, warum ich mich für legitimiert halte, über dieses Thema zu schreiben, ohne selbst darüber zu forschen.

Ich gehöre dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V., kurz IDA, an. Im Namen steht nicht –forschung, sondern –arbeit, allerdings steht die Dokumentation dieser Arbeit im Zentrum. Wir befinden uns also an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis. Zum Teil produzieren wir auch eigene Dokumente der Antirassismusbearbeitung.

IDA wurde vor 12 Jahren von diversen Jugendverbänden aus dem Spektrum des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und des Rings Politischer Jugend (RPJ), der Deutschen Sportjugend (DSJ) und dem Verein „Mach’ meinen Kumpel nicht an!“ als Fachstelle der

Jugend- und Bildungsarbeit im Themenbereich Rassismus, Antirassismus, Rechtsextremismus, Interkulturalität und Migration gegründet.

Diese Gründung zeigt die Bereitschaft der Jugendverbände, sich gesellschaftlichen Problemen zu stellen und eine Einrichtung zu schaffen, die die Jugendverbände in ihrem Bemühen, eine Gesellschaft herbeizuführen, in der alle Kinder und Jugendlichen, die in diesem Land leben, ökonomisch, sozial und politisch gleichwertig behandelt werden, unterstützt und eben deshalb mitunter auch auf Defizite der Jugendverbandsarbeit selbst hinweisen muss. Wir arbeiten mit MultiplikatorInnen der Jugend- und Bildungsarbeit zusammen, publizieren Materialien zu aktuellen Themen im genannten Spektrum als Informationsquellen und praktische Hilfsmittel und führen selbst in verstärktem Maße Seminare – nach Möglichkeit mit Kooperationspartnern wie dem Landeszentrum für Zuwanderung NRW – durch, die zum einen die klassischen Jugendverbände ins Gespräch mit Selbstorganisationen jugendlicher MigrantInnen bringen, zum anderen sich gezielt an jugendliche MigrantInnen richten, um sie in der Organisierung der Vereinsarbeit zu qualifizieren und sie ganz pragmatisch über die bundesweiten Strukturen der Verbandsarbeit, Finanzierungsmöglichkeiten und Antragstellungen zu informieren. Insoweit besitzen wir einen gewissen Einblick in die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der Selbstorganisationen jugendlicher MigrantInnen und die Diskussionen, die in den klassischen deutschen Jugendverbänden zum Thema Migration geführt werden.

Was sind Jugendverbände? Sie sind Zusammenschlüsse von Jugendlichen zu ihrer Interessenvertretung, Freizeitgestaltung, politischen, kulturellen und sportlichen Bildung. Sie können konfessionsgebunden und nichtkonfessionell, gewerkschaftlich, politisch oder Sportverbände sein. In der Regel sind sie eingetragene Vereine mit den entsprechend erforderlichen Gremien. Finanziert werden sie hauptsächlich aus den Kinder- und Jugendplänen des Bundes und der Länder. Auf Bundesebene haben sie sich im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) bzw. im Ring Politischer Jugend (RPJ) zusammengeschlossen. Die Deutsche Sportjugend hat ihre eigenen Verbandsstrukturen. Zu den Jugendverbänden gehören z. B. die unterschiedlichen Verbände der PfadfinderInnen, der Bund der Deutschen Katholischen Jugend, die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Deutsche Beamtenbund-Jugend, die Deutsche Schreberjugend oder die Junge Union und die Grüne Jugend. Den mit Abstand größten Jugendverband bildet die Deutsche Sportjugend.

Gegenüber diesen in der Regel alteingesessenen Verbänden sind bundesweit agierende Jugendorganisationen von MigrantInnen eine relativ neue Erscheinung. Da sie bislang kaum von der öffentlichen Hand finanziert werden, sind sie auf Gelder des Erwachsenenverbands angewiesen. Damit wird aber ihre Emanzipation von den Erwachsenen erschwert. Diese Selbstorganisationen formieren sich als jugendliche Interessenzusammenschlüsse oft in Opposition zur eigenen Elterngeneration und ihren Organisationen sowie als eigene Interessenvertretung gegenüber den mehrheitsdeutschen Jugendverbänden.

Dazu gehören u. a. der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland – der übrigens der erste voll eingetragene selbstständige bundesweite MigrantInnen-Jugendverband ist –, die Muslimische Jugend Deutschlands oder JunOst, ein Verband russischsprachiger Jugendlicher in Deutschland. Ich spreche bei diesen Zusammenschlüssen in der Regel von Jugendorganisationen und nicht -verbänden, da die meisten keinen Verbandsstatus besitzen.

Wie sieht bei den klassischen Jugendverbänden die Zusammenarbeit mit MigrantInnen aus? Im Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2002 wird festgestellt:

„Insbesondere in den Jugendverbänden sind sie [MigrantInnen, S.B.] zumeist nur marginal vertreten. Ausnahmen hiervon bieten Sportvereine sowie solche Jugendverbände, zu deren Traditionen die besondere Sorge um sozial Benachteiligte gehört (z.B. Arbeiterjugendverbände). Im Großen und Ganzen aber haben sich die Jugendverbände der veränderten Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf Ethnie und kulturelle Tradition, Sprache und Religion noch nicht weit geöffnet“.¹

Diese Kritik ist offensichtlich berechtigt, da der DBJR und seine Mitgliedsverbände dieser Aussage in ihrer Stellungnahme zum Bericht zustimmen.²

Es gibt eine Kluft zwischen den öffentlichen Stellungnahmen der Jugendverbände zu Integration und Partizipation von MigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland und dem faktischen Organisationsgrad von MigrantInnen in den Verbänden.

In ihren Verlautbarungen zeigen sich die Jugendverbände schon lange mit MigrantInnen solidarisch: Sie haben sich fast einstimmig für die Einführung der doppelten

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2002, S. 214. (Bundesdrucksache 14/8181)

² Deutscher Bundesjugendring: Lebenslage von Kindern und Jugendlichen nachhaltig verbessern. Stellungnahme zum 11. Kinder- und Jugendbericht, 17. April 2002, <http://www.landesjugendring-thueringen.de/beschlus/download/stellungnahmeDBJR11KJB.pdf> (06.11.2002)

Staatsbürgerschaft ausgesprochen und treten dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen, die mit oder ohne deutschen Pass in der Bundesrepublik leben, in gleicher Weise Anspruch auf Bildungs- und Förderangebote der Jugendarbeit haben. Sie haben das Zuwanderungsgesetz als notwendigen Schritt über die alte „Ausländer“-Gesetzgebung hinaus begrüßt, allerdings geht das neue Gesetz vielen Verbänden nicht weit genug. Insbesondere wurde gefordert, die Altersgrenze für den Nachzug von Kindern auf 18 Jahre anzuheben. Viele Jugendverbände lancierten in den letzten Jahren Kampagnen gegen Rassismus und Rechtsextremismus mit Plakataktionen, Flyern zu Zivilcourage und Argumenten gegen Rechts, Materialien für antirassistische und interkulturelle Seminare und vielem mehr. Nach dem 11. September 2001, dem Anschlag auf das World Trade Center in New York, warnten die Jugendverbände vor einer generellen Stigmatisierung des Islam, zugleich wurde ihnen aber bewusst, dass sie, wie die Mehrheitsgesellschaft überhaupt, kaum Kontakte zu muslimischen Jugendlichen und MigrantInnen allgemein haben. In die Solidarität für die hier lebenden MigrantInnen und die Sorge, dass sie nach dem Anschlag verstärkt Ziele rassistischer Anschläge würden, mischte sich auch die Furcht vor einem unbekanntem Fundamentalismus unter jungen Menschen. Dieses erneute Bemerken des Nichtkennens, Nichtwissens und des marginalen Kontakts hat für die Jugendverbände selbst die Auseinandersetzung mit jungen MigrantInnen dringlichst auf die Tagesordnung gesetzt.

Dabei müssen wir zwischen zwei Dimensionen der Jugendverbandsarbeit unterscheiden: der offenen Jugendarbeit und der Verbandsarbeit im engeren Sinne für Mitglieder.

Viele Verbände sind lokal in der offenen Jugendarbeit engagiert. Darunter fallen Kinderhäuser, Jugendzentren, Hausaufgabenhilfen und Jugendgruppen. Hier sind viele junge MigrantInnen vertreten, oftmals stellen sie in diesen Einrichtungen die Mehrheit. Es werden Dienstleistungen angeboten, die von Eltern und Jugendlichen zur Gestaltung der Freizeit, zur Unterbringung der Kinder und für Schulschwierigkeiten in Anspruch genommen werden. Die TeilnehmerInnen an der offenen Jugendarbeit sind in der Regel aber nicht Verbandsmitglieder. In diesen Einrichtungen sind unter den hauptamtlichen Kräften durchaus MigrantInnen vertreten. Dies beschränkt sich aber auf die lokale Ebene, es handelt sich im Wesentlichen um Sozialarbeit und erzieherische Tätigkeiten.

Die originäre Aufgabe der Jugendverbände zumindest ihrer herkömmlichen Form nach aber ist die Jugendbildung. Zu lernen sind die Partizipation, Selbstbestimmung und –organisation in einem größeren Gemeinwesen, in diesem Falle dem Verband. Bildungs- und Gruppenerlebnisse werden durch Seminare, Workshops, Trainings, Camps, internationale

Jugendbegegnungen etc. möglich. In diesem Bereich sind MigrantInnen – ausgenommen die Sportverbände und die Deutsche Gewerkschaftsjugend – insgesamt kaum vertreten. Jugendverbände aber müssen ein Interesse daran haben, dass MigrantInnen sich in ihren Reihen organisieren, nicht zuletzt, weil sich der Mitgliederstamm dadurch stabilisieren könnte. Seit Jahren wird innerhalb des Jugendverbandswesens das Problem des Mitgliederschwunds und der Mitgliederbindung diskutiert. Die Ursachen liegen in den veränderten jugendkulturellen Verhaltensweisen und dem Problem der Verbände, mit den kommerziellen Events zu konkurrieren. Auch die Verbände verlieren ihre bindende Kraft, wie es für Kirchen, Parteien und Gewerkschaften schon länger konstatiert wird.

Bei Verbänden wie der DGB-Jugend oder der Deutschen Sportjugend nimmt die Zahl der ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen MigrantInnen rapide ab, je höher wir in der Struktur des Verbands kommen. Dies ist kein überraschender Befund, ihn teilen die Verbände mit anderen Institutionen und weisen sie damit als Teil der Mehrheitsgesellschaft aus. Er ist aber da besonders hervorzuheben, wo die Verbände, wie z. B. die Deutsche Sportjugend, oftmals betonen, dass bei ihnen die Integration quasi automatisch funktioniere. Das Verschwinden der MigrantInnen in den höheren Rängen hat nichts mit ihrer Qualifikation zu tun, sondern offensichtlich mit internen strukturellen Ausschlussmechanismen und der Resignation bzw. dem Desinteresse von MigrantInnen, sich diesen Mechanismen auszusetzen. Auf verbandlicher Ebene führt das dann eher zur Gründung eigener Verbände, übrigens ein ganz gewöhnlicher Prozess, der am Anfang vieler Verbände steht, so z. B. bei den sogenannten Vertriebenenverbänden, die Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts entstanden, als die Flüchtlinge merkten, dass sie eigentlich im Westen unerwünscht sind.

Ein Großteil der Jugendverbände wird als Mittelschichtsverbände bezeichnet, die aus diesem Grund nur wenig Kontakt zu MigrantInnen hätten. Diese Begründung mag vielleicht vor zehn Jahren stichhaltig gewesen sein, wo jugendliche MigrantInnen stärker marginalisiert und kaum an Universitäten vertreten waren. Heute hat sich die Situation verändert, es gibt MigrantInnenjugendliche aus Mittelschichten, sie studieren und führen ein dem einheimischen Mittelschichtsjugendlichen gar nicht so fernes Leben. Aber auch diese bleiben den Verbänden fern.

Internationale Kontakte und insbesondere Jugendbegegnungen sind fester Bestandteil jedes mehrheitsdeutschen Jugendverbands.³ So wichtig solche Begegnungen sind, garantieren sie nicht automatisch nichtdiskriminierendes Verhalten gegenüber MigrantInnen vor Ort. Die internationalen Partner sind interessant, belebend, es finden Reisen in unbekannte Länder statt, bei denen viele neue Dinge erfahren werden. Normalerweise begegnen sich die TeilnehmerInnen solcher Seminare in gleichberechtigter Weise. Gleichzeitig lassen diese Reisen und TeilnehmerInnen anderer Nationen aber das eigene Zuhause und die dort etablierten Hierarchien unangetastet. Nach dem Seminar trennt man sich und jeder geht zurück an den Ort seines Wirkens. Die MigrantInnen vor Ort aber sind stets gegenwärtig, und bilden eine sperrige Konkurrenz, wenn sie sich nicht als einzelne unauffällig eingliedern.

Dazu ein Beispiel, das sich in einer freundlichen Umgebung und einem gelungenen Seminar ereignete und nur die gruppenspezifische Dimension ansprechen soll:

Leicht ist die Integration von Einzelnen. Erstens kann er als einzelner kaum eine etablierte Organisationsform in Frage stellen, er wird sozusagen geschluckt und verdaut und fällt in vom Gesellschaftskörper verarbeiteter Form kaum mehr auf. Schwieriger aber ist es, wenn eine Gruppe auftritt und unter Wahrung ihrer Gruppenidentität integriert werden muss bzw. will. Ich führe hierzu die Begegnung eines mehrheitsdeutschen Verbands, des Bundes Deutscher PfadfinderInnen (BDP) mit dem Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (AAGB) an. Vorausschickend muss ich sagen, dass ich eine Geschichte des Seminars erzähle, in die ich viele Aspekte interpoliere. Ich versuche eine stimmige Fabel zu erzählen. Wenn sich vielleicht auch nicht alles ebenso zugetragen hat, hätte es sich im gegebenen Rahmen genauso zugetragen können:

Zu Beginn des Seminars war der BDP vollständig vertreten, während von den Aleviten erst ein Vertreter anwesend war, ein bayerisch sprechender, hübscher, legerer junger Mann. Augenblicklich schien er komplett integriert, zum einen durch seine offene Art, zum anderen durch den sorgsam und erfahrenen Umgang der anderen mit fremden Personen. Ein Außenstehender hätte den Beginn der Begegnung als Seminar einer lange schon bestehenden Gruppe wahrgenommen. Der einzige Unterschied: das Handy. Der Vertreter des AAGB hielt mit seinen im Stau stehenden Kollegen über dieses Medium Kontakt. Ein Zufall, aber doch bezeichnend, dass gerade nur er ein Handy dabei hatte, das wiederholt und notwendigerweise klingelte – waren doch die sich verändernden Zeitangaben der Anreise für die Planung des Abends wichtig – und den Beginn, der sowieso durch das verbandliche Missverhältnis

³ Siehe hierzu die Studie von Andreas Thimmel: Pädagogik der internationalen Jugendarbeit, Schwalbach/Ts.

schwierig war, auf unterhaltsame und von einigen Mehrheitsdeutschen als typisch für junge Türken wahrgenommene Weise immer wieder unterbrach. Der Countdown der Ankunft wurde von allen mitverfolgt, niemand konnte also überrascht sein, als die Tür aufging und die erste Gruppe des AAGB im Seminarraum erschien. Aus den virtuellen Handy-Leuten waren reelle Menschen geworden und zwar nicht einzelne, sondern eine Gruppe. Fünf Männer, von mir als unglaublich manifeste Erscheinung wahrgenommen: Breit, groß, teilweise elegant oder mit Kettchen und Ringen, jedenfalls anders als die bereits Anwesenden, die tendenziell Hippie-Kleidung trugen. Sofort änderte sich das Klima. Wir hatten es nicht mehr mit einem Kuschelseminar eines Verbands zu tun, sondern mit zwei Gruppen, die sich vorsichtig abtasteten. Die sorglose Integration wich der Bestandsaufnahme von Geschichte und Zielen beider unterschiedlicher Verbände und dem Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten. Der mit Abstand wichtigste Teil der Veranstaltung spielte sich außerhalb des Seminars ab. Dies ist nicht ungewöhnlich, hier aber war es besonders wichtig, vor allem für die Mehrheitsdeutschen. Sie machten die Erfahrung, in einem „Türkenauto“ zu sitzen und die Blicke der anderen Verkehrsteilnehmer zu spüren. Sie registrierten die Ehrfurcht der im Seminar doch so selbstbewusst auftretenden Jugendlichen vor den Dedes (den alevitischen Geistlichen) und die Rollenverteilung, die den unglaublich selbstbewussten Frauen die Bedienung der Gäste im Kulturzentrum vorschreibt. All solche persönlichen Erfahrungen waren für die Aleviten nicht nötig, da sie längst wissen, wie die Mehrheitsdeutschen leben. Sie interessierten sich mehr für die Verbandsstrukturen, die finanzielle Ausstattung, die Arbeit mit Hauptamtlichen etc. Während – überspitzt gesagt – sich der BDP am Exotischen begeisterte, interessierte sich der AAGB für das Know-how der Verbandsentwicklung.

Man kann sagen, dass dieses Seminar sein Ziel erreichte, indem sich Kontakte zwischen beiden Verbänden entwickelten. Ob sich daraus eine kontinuierliche Kooperation ergibt, muss man abwarten. Immerhin wurde in Folge für das Jahr 2002 ein ähnliches Seminar in gesteigerter Komplexitätsform, nämlich mit vier völlig unterschiedlichen Verbänden, geplant. Einer der beiden mehrheitsdeutschen Verbände wurde ursprünglich als Jugendverband der Vertriebenenorganisationen gegründet. Er kann also als erster MigrantInnenjugendverband der Bundesrepublik bezeichnet werden, der mittlerweile auf innerhalb der etablierten Verbandslandschaft fortschrittliche Weise auch andere MigrantInnenjugendorganisationen unter sein Dach aufnimmt. Dazu sollen zwei MigrantInnenverbände treten, die verschiedene Richtungen im Islam verkörpern. Wir haben also zwei Verbände, die etabliert sind und

öffentliche Gelder erhalten, die sie auch behalten wollen, und zwei Verbände, die an öffentlicher Förderung interessiert sind. Die beiden Verbände, die als MigrantInnenverbände den anderen gegenüberstehen, stehen zugleich religiös in gewissem Spannungsverhältnis zueinander. Ziel des Seminars ist, dass alle Verbände mögliche Kooperationen ausloten können. Die etablierten Verbände sollen beim Wort genommen werden und mitteilen, was ihre verlautbarte Solidarität konkret bedeutet. Ein Ansatz besteht bereits darin, dass einer der mehrheitsdeutschen Verbände mit IDA die Finanzierung des Seminars übernimmt. Die Organisation wird von hauptamtlichen Kräften geleistet. Das Seminar findet am Wochenende statt, damit die ehrenamtlich Tätigen, die zentral angesprochen sind, daran überhaupt teilnehmen können. Kennzeichnend ist, dass Selbstorganisationen jugendlicher MigrantInnen kaum hauptamtliche MitarbeiterInnen haben. Diese können in der Regel von Jugendverbänden nur durch öffentliche Förderung finanziert werden, wenn nicht der Erwachsenenverband – der damit aber die Unabhängigkeit erschwert – den Jugendverband unterstützt.

Gute Absichten, interkulturelle Schulungen und humane Gesinnung genügen also nicht, um MigrantInnen und ihren Verbänden gleiche Rechte zuzuerkennen. Es geht ganz wesentlich um institutionelle Gleichstellung. Dazu sei folgender Befund zitiert:

„Seit Jahren und Jahrzehnten konstatieren MigrantInnenorganisationen, dass sie die Fachkräfte, die einen Migrationshintergrund haben und die ihre ersten beruflichen Erfahrungen in MigrantInnenorganisationen sammeln, verlieren, da sie ihnen keine berufliche Perspektive anbieten können. Die Folge davon ist, dass den MigrantInnenorganisationen wichtige Personen verloren gehen, die eine Brücke zu den Trägern der Jugendhilfe und zu den Organisationen der Mehrheitsgesellschaft hätten darstellen können.“⁴

Organisationen jugendlicher MigrantInnen, die ohne Regelförderung finanziell unabhängig sein wollen, können meist noch nicht einmal erste berufliche Erfahrungen bieten. Damit sind sie in massiver Weise den etablierten Verbänden unterlegen und erhalten kaum die Chance, einen ähnlichen Status zu erreichen. Um so erstaunlicher ist es, dass sie dennoch existieren und in zunehmendem Maße stärker werden.

Ich möchte ein weiteres Beispiel bezüglich Verteilungskämpfen anführen. Im Juni 2002 führte der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen im Zuge seiner Vollversammlung eine Veranstaltung mit dem Thema: „Kinder und Jugendliche aus MigrantInnen-, Aussiedler- und

Flüchtlingsfamilien in NRW“ durch. Landesjugendringe sind die landesweiten Dachverbände der Jugendverbände. Zur Podiumsdiskussion waren zwei VertreterInnen von Organisationen jugendlicher MigrantInnen, eine Wissenschaftlerin (Migrantin), ein Vertreter des Landesjugendrings und ein Vertreter des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministeriums eingeladen. Die Veranstaltung war äußerst interessant und lobenswert und zeitigte eine lebhaftige Diskussion um die Öffnung der Jugendarbeit für MigrantInnen. Diskussion und Ton wurden jedoch schärfer, wo es nicht mehr nur um allgemeine Solidarität, sondern um konkrete Fragen nach Satzungsänderung und Finanzteilhabe ging. Hier handelt es sich um strukturelle Förderung und institutionelle Einbindung, die Integration erst nachhaltig wirksam und dauerhaft verpflichtend machen. Das ist entscheidend dafür, ob Integration auf Dauer gestellt wird oder ein Spielball der Politik bleibt.

Wenn ich in verschiedenen Bereichen der Jugendverbandsarbeit Kritik an der Art des Umgangs mit MigrantInnen übe, muss ich auch einen Satz zu meinem eigenen Verein sagen. In der politischen Plattform, die auf der Gründungsversammlung des Vereins verabschiedet wurde, verpflichten sich die beteiligten Jugendverbände u. a., „gegenüber allen ausländischen MitbürgerInnen deutlich zu machen, dass die Jugendverbände in der Bundesrepublik für AusländerInnen aktiv Partei ergreifen.“⁵ Zehn Jahre nach der Gründung wurde die Satzung dahin gehend geändert, dass auch bundesweit agierende Selbstorganisationen von jugendlichen MigrantInnen die Möglichkeit haben, Mitglied des IDA zu werden, ohne einem Dachverband angeschlossen zu sein. Seit 2001 gehört der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland zu den Mitgliedsverbänden des IDA und stellt einen Beisitzer im Vorstand. Allerdings zeigte sich nun, dass die Satzung immer noch eine Bestimmung enthält, die die MigrantInnenorganisationen selbst als Mitglieder diskriminiert. Denn Organisationen, die weder Mitglied des Deutschen Bundesjugendrings noch des Rings Politischer Jugend, der Deutschen Sportjugend oder des Vereins „Mach‘ meinen Kumpel nicht an!“ sind, können laut Satzung keine Vertreter im geschäftsführenden Vorstand, bestehend aus dem Vorsitz und den StellvertreterInnen, stellen. Blicke dieser Ausschluss bestehen, gäbe es eine Mitgliedschaft zweiter Klasse. Also wird eine erneute Änderung der Satzung angestrebt. Hier zeigt sich, dass der Teufel im Detail steckt. Um Integrationsarbeit schlüssig zu gestalten, müssen ganz

⁴ Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen: Protokoll des Workshops „MigrantInnenorganisationen und die Jugendhilfe“ vom 29. Mai 2002.

⁵ Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA): Politische Plattform, verabschiedet auf der Gründungsversammlung von den Gründungsverbänden, zu beziehen bei IDA, Volmerswertherstr. 20, 40221 Düsseldorf, Info@IDAeV.de, www.IDAeV.de

besonders alle institutionellen Bestimmungen auf Ausschlusskriterien hin durchforstet werden.

Bevor jedoch die Jugendverbände mehrheitlich daran gehen, ihr Angebot und ihre Struktur zu überprüfen, ob sie generell für Jugendliche zeitgemäß sind bzw. in welche Richtung sie sich entwickeln müssten, um wieder eine Attraktivität nicht nur für einen zunehmend kleiner werdenden Teil von Jugendlichen zu entfalten, sind bereits Selbstorganisationen jugendlicher MigrantInnen entstanden.

Das Faktum der Selbstorganisation stellt ein Problem für die etablierten Jugendverbände dar, weil bis zu einem gewissen Grade konkurrierende Verbände entstehen. Die Freiheit oder der Zwang zur Selbstorganisation aber zeigt, dass die Angebote der etablierten Jugendverbände für MigrantInnenjugendliche uninteressant sind und die Verbände selbst zur Mehrheitsgesellschaft gezählt werden. In der Literatur wird die zunehmende Tendenz zur Selbstorganisation unter MigrantInnen wiederholt als Reaktion auf die dreißigjährige Exklusion aus der Mehrheitsgesellschaft interpretiert. Weder die xenophobe noch die xenophile oder exotistische Haltung wurde den MigrantInnen in ihrem Wunsch gerecht, selbstverständlich akzeptiert zu sein, ohne eine beständige Sonderrolle zu spielen. Von MigrantInnenorganisationen, die seit vielen Jahren existieren, wird bemerkt, dass sie in den achtziger Jahren leichter öffentliche Förderungen erhielten als heute, da es um die Frage nach Regelförderung geht. Wo sie gestellt wird, hat sich etwas etabliert und will beständig sein. Für die dabei notwendige Arbeit ist unverzichtbar, dass sie kontinuierlich ist. Dies kann ein dauerhaft ehrenamtlich arbeitender Verein kaum leisten. Regelförderung bedeutet also einen gewissen Bestand an sicheren Mitteln und hauptamtlichen Kräften, die die organisatorischen Tätigkeiten des Vereins verlässlich regeln.

Mit den finanziellen Ansprüchen treten die MigrantInnenverbände in unmittelbare Konkurrenz zu den etablierten, die ihre öffentliche Förderung relativ gesichert haben. Der Streit um öffentliche Mittel wird in Zeiten einer angespannten Haushaltslage natürlich heftiger, in denen selbst die klassischen Verbände Mittelkürzungen befürchten müssen.

Ausgewählte notwendige Schritte – Thesen:⁶

Migration muss als Selbstverständlichkeit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit begriffen werden. Dies teilen alle Jugendverbände. Wenn sich Jugendverbände und Jugendringe als Interessenvertretung der Jugendlichen begreifen, gehören dann auch die MigrantInnen dazu.

Die mehrheitsdeutschen Jugendverbände müssen anerkennen, dass sie derzeit eine zahlenmäßig bedeutende Gruppe von Jugendlichen nicht erreichen. Die Strategien der Öffentlichkeitsarbeit sind unter Berücksichtigung dieser Zielgruppe zu überarbeiten.

Sie müssen akzeptieren, dass mittlerweile jugendliche MigrantInnen beanspruchen, selbst für sich zu sprechen.

Sie müssen eingestehen, dass es sich zumindest auf fiskalischer Ebene um Konkurrenten handelt. Erst dann lassen sich jenseits menscheinder Rhetorik Wege gemeinsam aushandeln.

Zumindest zwei Wege sind denkbar. Der eine führt zur Integration von MigrantInnenselbstorganisationen in die bestehenden Verbände unter Wahrung ihrer Autonomie, der zweite führt zur Akzeptanz der Existenz eigener Verbände und möglicherweise gar Dachverbände. Parallel zu existierenden Dachorganisationen gäbe es dann parallele MigrantInnen-Dachverbände.

Diese Diskussion wird bei den mehrheitsdeutschen Verbänden bislang nicht geführt und kann nur im Dialog mit den MigrantInnenselbstorganisationen ausgehandelt werden. Eine Ausnahme bildet die djo-Deutsche Jugend in Europa und dort vor allem die bayerische Sektion, die MigrantInnenverbände als Organisationen aufnimmt, sich damit als Dachverband verschiedener Verbände begreift und so ziemlich erfolgreich auf die Tendenz der Bildung von Selbstorganisationen reagiert.

⁶ Siehe hierzu auch Rudi Klarer: Migrantorganisationen und Jugendverbände – Integration oder erzwungene Segregation?, in: Jugendpolitik 2/3 2002, S. 57f.